
Testatsexemplar

juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik
Deutschland
Saarbrücken

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024
und Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum
31. Dezember 2024

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN
ABSCHLUSSPRÜFERS



Inhaltsverzeichnis

Seite

Lagebericht.....	1
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024.....	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2024.....	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024.....	5
3. Anhang für das Geschäftsjahr 2024.....	7
Anlagenspiegel.....	19
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS.....	1

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

A. Grundlagen des Unternehmens

Die juris GmbH wurde 1985 als Unternehmen des Bundes mit dem Auftrag gegründet, für die Bundesrepublik Deutschland ein modernes Rechtsinformationssystem aufzubauen. Dieses wurde vor allem von öffentlichen Stellen als Informationsquelle genutzt. Heute ist die juris GmbH ein führender digitaler Anbieter von Rechts- und Praxiswissensmanagement in Deutschland und entwickelt als Pionier in einem zukunftssträchtigen Wachstumsmarkt sein Angebot kontinuierlich weiter. Die juris GmbH ist außerdem Begründer und Mitglied der jurisAllianz, eines Verbunds namhafter juristischer Fachverlage. Das Unternehmen wird von dem Anspruch geleitet, inhaltlich und technologisch führend zu sein und seinen Kunden den bestmöglichen Zugang zu umfassendem und zielgruppengerechtem Rechts- und Praxiswissen zu bieten.

B. Wirtschaftsbericht

1. Allgemeiner Geschäftsverlauf/Branchensituation

Der Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen in Deutschland ist, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, nach wie vor durch den noch immer vergleichsweise relativ geringen Online-Anteil und die anhaltende Migration von Print auf Online gekennzeichnet. Die juris GmbH als einer der wegweisenden und bedeutenden Online-Anbieter für Rechts- und Praxiswissen gestaltet diese Transition aktiv mit und unterstützt dabei die notwendige Print-Online-Transition der Partnerverlage der jurisAllianz. Ziel ist, den zunehmenden Churn der Printtitel zu kompensieren und dabei die Kunden zur Online-Nutzung zu überführen.

Durch den kontinuierlichen Ausbau und die Verbesserung des Portfolios für Legal Professionals, durch neue Angebote für die Zielgruppe Paralegals mit Fokus auf Unternehmen und deren Berater und den Einsatz praxisnaher Features, bspw. zur Integration von eigenem Content der Kunden in die Recherche, konnte auch im Jahr 2024 die Marktposition gestärkt und die Wachstumskurve fortgeschrieben werden. All dies erfolgte in einem harten Wettbewerb, wobei

die juris GmbH gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz anstrebt, im Markt für Recht, Wirtschaft und Steuern Angebote zu platzieren, die für die Nutzer eine vollumfängliche Lösung für deren Bedürfnisse im Bereich Wissens- und Praxismanagement darstellen.

Der Zusammensetzung des Produktportfolios der jurisAllianz wurde im Rahmen der Kooperation der juris GmbH mit renommierten Fachverlagen – Boorberg-Verlag, Reguvis, C.F. Müller, Deutscher Anwaltverlag/Deutscher Notarverlag, dfv Mediengruppe, De Gruyter Recht, Erich Schmidt Verlag, Fachmedien Otto Schmidt, Hüthig Jehle Rehm, IWW, Verlag Dr. Otto Schmidt, RWS-Verlag, Stollfuß und dem Verlag Versicherungswirtschaft – auch in 2024 kontinuierlich optimiert und ergänzt.

Auf ihrem Online-Portal juris.de bietet die juris GmbH in den Produktsegmenten juris Recht und juris Business ein umfangreiches Portfolio aus anwendbarem Praxiswissen für Legal Professionals und weitere Rechtsanwender in den Bereichen Recht, Wirtschaft und Steuern sowie eine umfangreiche Sammlung an historischen und tagesaktuellen gerichtlichen Entscheidungen, Urteilen, Gesetzen, Normen und Kommentierungen an. In enger Abstimmung mit den Partnern der jurisAllianz wird am Aufbau neuer Produktsegmente gearbeitet insbesondere im Bereich Künstlicher Intelligenz. Die Verlagspartner der jurisAllianz stellen dabei, insbesondere mit dem Sekundärcontent ihrer Werke, die relevanten Inhalte bereit.

2. Geschäftsverlauf der juris GmbH

Die folgenden Leistungsindikatoren geben einen Überblick über den Verlauf des Geschäftsjahres 2024, wobei die für die Steuerung des Unternehmens bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren die Umsatzerlöse und das Betriebsergebnis darstellen.

In 2024 waren die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie im Jahr 2023 durch die Auswirkungen der Ukraine-Krise und eine rückläufige Wirtschaft deutlich schwieriger als in den vorherigen Jahren. Auch wenn das Geschäftsmodell von juris mit digitalen Medieninhalten und Funktionalitäten die über eine Onlinedatenbank abgerufen werden können, gegenüber Krisen sehr resilient ist, ließen sich im Jahr 2024 negative Auswirkungen auf das Wachstum nicht gänzlich vermeiden. So stellen wir ein Abflachen der Wachstumskurve fest, was auch auf eine erschwerte Leadgenerierung zurückzuführen ist.

2.1 Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsatzerlöse stiegen von rund EUR 74,7 Mio. im Jahr 2023 um rund EUR 4,6 Mio. bzw. 6,1 % auf EUR 79,3 Mio. im Jahr 2024 an. Im Wesentlichen wurde das Wachstum durch eine weitere Durchdringung des Marktes mit Angebotsformen aus einer Kombination von Primär- und Sekundärcontent, durch neue Produktangebote, aber auch durch die Gewinnung neuer Kunden im Rahmen einer intensiven Marktbearbeitung realisiert. Ende 2024 startete der Vertrieb des KI-Produktes gemeinsam mit Stollfuß/Lefebvre Sarrut GmbH und erste Kunden konnten gewonnen werden.

2.2 Wesentliche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres

Das Jahr 2024 war geprägt durch folgende Entwicklungen:

- Weitere Stärkung der Grundlagen der juris GmbH
 - Entwicklung und Prüfung der ersten KI-Features in Abstimmung mit den Partnern der jurisAllianz abgeschlossen,
 - Entwicklung der juris Studenten App um die Zielgruppe Studenten zu erschließen,
 - o Neuauflage von fünf Bänden der juris PraxisKommentare SGB I, XI und XII sowie Internetrecht und Vergaberecht
 - o Fortführungen der Produktivschaltungen der neuen internen Dokumentationsumgebungen für Literatur und Bundesrecht
 - o Entwicklung einer vorwiegend automatisierten Anlieferungs- und Produktionsstrecke für den Sekundärcontent (Inhalte der Partner der jurisAllianz)
 - o Fortführung und Unterstützung der technischen und prozessualen Entflechtung vom Bund
 - Die ersten Großkunden konnten an das neu entwickelte Identity- und Access-Management angebunden werden,
 - Ausbau und Schulung des Vertriebsteams in Frankfurt zur Ansprache aller Zielgruppen im Breitenmarkt,
- Stärkung der jurisAllianz
 - Weiterer Ausbau des Portfolios der jurisAllianz,
 - Ausbau der Marketing- und Vertriebsaktivitäten i. R. der jurisAllianz,
 - Weiterentwicklung der jurisAllianz zur Erschließung des Steuerberatermarktes,
 - Ausbau und Stabilisierung der Vertriebskooperation mit den Landesverbänden des Deutschen Steuerberaterverbandes,
 - Ausbau der Kooperation mit den führenden Buchhandlungen zur Beschleunigung der Print-Online-Transition.

3. Produktpolitik

Alleinstellungsmerkmal der juris GmbH bleibt unverändert ihr Angebot, das Primär- und Sekundärcontent zielgruppengerecht bündelt und dieses über eine an den spezifischen Bedürfnissen ausgerichtete Recherchetechnologie den Kunden direkt zur Verfügung stellt.

Das Portfolio konnte durch die abgestimmte Kooperation mit den Partnern der jurisAllianz sowie weiteren Verlagen im Rahmen eines übergreifenden Product-Development-Ansatzes weiter ausgebaut werden.

Neben diesen content- und recherchebezogenen Grundpfeilern gewinnt die Integration von Tools und Funktionalitäten, nicht zuletzt vor dem Hintergrund möglicher Anwendung i. R. von (generativen) KI-Technologien, eine immer stärkere Bedeutung für die Bindung und Gewinnung von Kunden. Das erste KI-Produkt, eine um KI erweiterte, intelligente Suche im juris-Portal, wurde im Markt getestet.

Durch die kontinuierliche Weiterentwicklung des Content-Angebots und der Smart-Search-Algorithmen, die Aufnahme von Push-Angeboten, die Umstellung auf die Ein-Portal-Strategie und die Einführung neuer Tools und Funktionalitäten versucht die juris GmbH ihre Position als eines der führenden Rechtsportale kontinuierlich zu stärken.

Der Erfolg der Angebotsstrategie der juris GmbH gründet unverändert auf Vollständigkeit, Aktualität und Zuverlässigkeit des Primärcontents in Verbindung mit dem Angebot von Sekundärcontent – insbesondere im Rahmen der jurisAllianz – unterstützt durch eine hervorragende (technische) Erschließung.

4. Dokumentation

Das im Bundesamt für Justiz eingerichtete Kompetenzzentrum Rechtsinformationssystem des Bundes (CC-RIS) übt zentrale Steuerungs- und Koordinationsaufgaben für die operative Zusammenarbeit der Dokumentationsstellen des Bundes mit der juris GmbH aus. Im Zusammenwirken mit dem Bundesministerium der Justiz konnten die zum Bund bestehenden vertraglichen Leistungsbeziehungen der juris GmbH professionell ausgestaltet werden.

Die langjährige Kooperation mit den Dokumentationsstellen des Bundesverfassungsgerichts, der Bundesgerichte und des Bundes wurde auf dieser Grundlage neugestaltet und soll mittelfristig in neue Systeme überführt werden. Die juris GmbH hat sich auf diese Entflechtung u. a. durch die Neuaufstellung ihrer Datenhaltung und Produktion vorbereitet. Dies wird spiegelbildlich auch seitens des Bundes vorbereitet. Die juris GmbH unterstützt diese Neuaufstellung nach Kräften. Die damit zusammenhängende fachliche und organisatorische Neuordnung der Geschäftsprozesse befindet sich in Abstimmung.

Die Geschäftsaktivitäten der juris GmbH unterliegen mittlerweile vollständig dem Wettbewerb. Bedingt durch die nunmehr für jedermann frei zugänglichen Basisinformationen („Gesetze im Internet“ und „Rechtsprechung im Internet“) konzentrieren sich die Geschäftsaktivitäten nun auf die eigene Dokumentation und die Generierung von inhaltlichem Mehrwert, der von der juris GmbH und den mit ihr kooperierenden Verlagen selbst erstellt wird. Vor diesem Hintergrund bleiben die einzigartigen Rechtssammlungen der juris GmbH für alle im Bereich professioneller Rechtsanwendung Tätigen eine unverzichtbare Wissensquelle.

5. Investitionen

Die juris GmbH hat im Jahr 2024 selbstgeschaffene Software in Höhe von EUR 4,2 Mio. aktiviert. Daneben wurden Investitionen für immaterielle Vermögensgegenstände, Bauten auf

fremdem Grund und Boden, technische Anlagen und Maschinen, Betriebs- und Geschäftsausstattung und Sonstiges in Höhe von EUR 1,8 Mio. getätigt.

6. Personal und Organisation

2024 beschäftigte die juris GmbH im Jahresdurchschnitt 213 (i. Vj. 219) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, darunter IT-Fachkräfte, Kaufleute, Juristen und Dokumentare. Hierin enthalten sind im Jahresdurchschnitt auch 1 (i. Vj. 3) Aushilfe und 18 (i. Vj. 19) freie Mitarbeitende.

Die juris GmbH ist in Deutschland an den Standorten Saarbrücken, Frankfurt am Main und Berlin vertreten. Der Betrieb des Online-Portals erfolgt in Saarbrücken. Die Vertriebstätigkeiten werden stärker in Frankfurt am Main verankert. Berlin ist der Standort für die Aktivitäten Unternehmens- und Portfolioentwicklung.

Durch eine kontinuierliche Analyse und Optimierung der erfolgskritischen Arbeitsabläufe trägt die juris GmbH den Möglichkeiten, die mit der verstärkten Digitalisierung einhergehen, entsprechend Rechnung. Dies ist auch im Hinblick auf eine erfolgreiche Rekrutierung von Arbeitskräften mit dem notwendigen wirtschaftlichen Hintergrund erforderlich, nicht zuletzt um damit die mit der Anwendung des TVÖD einhergehenden Nachteile ausgleichen zu können. Diesbezüglich kommt bei bestimmten Positionen auch eine außertarifliche Vergütung zum Tragen.

Die juris GmbH externalisiert verschiedene Aktivitäten und setzt freie Mitarbeitende ein. Damit folgt die juris GmbH dem generellen Trend der Organisationsentwicklung hin zu einem Netzwerk von internen und externen Mitarbeitenden, ergänzt um Dienstleister.

7. Ertragslage

Die juris GmbH übertraf im Jahr 2024 mit einer Gesamtleistung i. H. v. EUR 80,6 Mio. den Vorjahreswert i. H. v. EUR 76,1 Mio. um 5,9 %. Als Ergebnis vor Steuern wurden EUR 15,4 Mio. (i. Vj. EUR 14,8 Mio.) erzielt.

Nach Abzug der Steuern verbleibt für 2024 ein Jahresüberschuss von rund EUR 10,0 Mio. (i. Vj. EUR 9,7 Mio.). Unter Berücksichtigung der ausschüttungsgespernten Beträge in Höhe von EUR 1,56 Mio. steht ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 8,47 Mio. zur Ausschüttung zur Verfügung.

Die Erhöhung der Gesamtkosten von EUR 61,7 Mio. um EUR 4,6 Mio. bzw. 7,5 % (Vj 6,0 %) auf EUR 66,3 Mio. im Jahr 2024 ist im Wesentlichen durch den Anstieg der Materialaufwendungen um EUR 2,9 Mio. bzw. 10,7 % von EUR 27,2 Mio. auf EUR 30,1 Mio. bedingt. Die Personalaufwendungen liegen mit EUR 19,8 Mio. um rund EUR 1,5 Mio. bzw. 7,7 % über dem Vorjahreswert von EUR 18,4 Mio. Die Abschreibungen betragen im Berichtsjahr EUR 3,5 Mio., was eine Steigerung um EUR 0,5 Mio. bzw. 17,6 % gegenüber dem Vorjahreswert von EUR 3,0 Mio. bedeutet. Darin enthalten sind mit einem Anteil von EUR 1,8 Mio. Abschreibungen auf selbst geschaffene Software (i. Vj. EUR 1,3 Mio.)

8. Vermögenslage

Die Bilanzsumme im Jahr 2024 beträgt EUR 52,2 Mio. und liegt damit rund EUR 4,6 Mio. über dem Niveau von 2023 (EUR 47,6 Mio.).

Auf der Aktivseite erhöhte sich das Anlagevermögen von EUR 21,2 Mio. um EUR 2,4 Mio. auf EUR 23,6 Mio. Die Steigerung ist primär auf die Erhöhung der immateriellen Vermögensgegenstände und dort die selbst geschaffene Software (EUR 2,0 Mio.) zurückzuführen.

Im Umlaufvermögen erhöhten sich die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände von EUR 6,1 Mio. um EUR 0,7 Mio. auf EUR 6,8 Mio. Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus gestiegenen Umsatzerlösen und aus einer Reduktion bei den Forderungen gegenüber den Gesellschaftern. Die flüssigen Mittel zum 31. Dezember 2024 erhöhten sich von EUR 18,9 Mio. in 2023 um EUR 1,3 Mio. auf EUR 20,2 Mio.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Aufwands bei Zahlungen für die Folgejahre aus und ist von EUR 1,45 Mio. um EUR 0,16 Mio. auf EUR 1,61 Mio. gestiegen. Hierbei handelt es sich um Wartungsverträge für Hard- und Software, Lizenzgebühren für Software sowie um Erlösbeteiligungen.

Auf der Passivseite ist eine Steigerung des Eigenkapitals von EUR 21,0 Mio. bei vollständiger Ausschüttung des ausschüttungsfähigen Vorjahresergebnisses um EUR 2,1 Mio. auf EUR 23,1 Mio. zu verzeichnen. Dies ist in erster Linie begründet durch den nicht ausschüttbaren Gewinn des Jahres 2023 in Höhe von EUR 1,76 Mio. und die Erhöhung des Jahresüberschusses von EUR 0,36 Mio.

Die Rückstellungen erhöhten sich von EUR 11,85 Mio. um EUR 0,98 Mio. auf EUR 12,83 Mio. Grund dafür ist im Wesentlichen der Anstieg der Rückstellungen für Erlösanteile. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten weist die Abgrenzung des Umsatzes bei den Flat-Rate Produkten aus und ist von EUR 8,33 Mio. um EUR 0,54 auf EUR 8,87 gestiegen.

Die passiven latenten Steuern stiegen von EUR 4,9 Mio. um EUR 0,8 Mio. auf EUR 5,7 Mio. Weitere Details hierzu sind im Anhang aufgeführt.

9. Finanzlage

Die Finanzlage der Gesellschaft war auch in 2024 – wie in den Jahren zuvor – unproblematisch. Das Stammkapital der juris GmbH beträgt nach wie vor EUR 2,7 Mio. Der Geschäftserfolg der juris GmbH erlaubt es, anstehende Investitionen und sonstige Ausgaben ohne Kreditaufnahmen zu finanzieren. Das Finanzergebnis wies im Jahr 2024 einen Ertrag in Höhe von TEUR 144 aus (Ertrag von TEUR 1,7 in 2023). Aus heutiger Sicht sind keine Liquiditätsrisiken ersichtlich. Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft den Erwartungen entsprechend entwickelt und ist damit günstig verlaufen.

10. Forschungs- und Entwicklungsbericht

Um bei den Recherchealgorithmen und der zukünftigen Nutzung neuer Technologien weiterhin State-of-the-Art-Lösungen anbieten zu können, investiert juris kontinuierlich in die Entwicklung neuer Features. KI-basierte Lösungen spielen dabei eine wichtige Rolle. Neben dem Einsatz von eigenen Mitarbeitern werden auch externe Dienstleister eingesetzt, um diese Produkte bzw. Funktionalitäten zu erstellen. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2024 Entwicklungskosten in Höhe von rd. 5,3 % des Umsatzes aktiviert. Diese entfallen mit EUR 1,3 Mio. auf juriseigene Mitarbeiter.

C. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft unterhält ein unternehmensweites Risikomanagementsystem, mit dem bestehende und potenzielle Risiken systematisch erfasst und analysiert werden. Ein kontinuierliches Monitoring stellt sicher, dass erforderliche Maßnahmen zeitnah eingeleitet werden können. Mithilfe der monatlichen Varianzanalysen werden ggf. vorhandene Abweichungen aufgedeckt, sodass ein rechtzeitiges Gegensteuern möglich ist. Im Rahmen des Rolling-Forecasts erfolgt eine Überprüfung bzw. Bewertung der Maßnahmen zur Umsetzung der Zielsetzungen des laufenden Jahres. Bei der Budgetplanung und der damit einhergehenden Langzeitplanung wird die strategische Ausrichtung grundsätzlich und vor dem Hintergrund der jeweils aktuellen Markt- und Rahmenbedingungen überprüft und ggf. angepasst.

Die juris GmbH antizipiert somit die sich wandelnden Marktgegebenheiten, wie z.B. die Zunahme von frei verfügbarem juristischem Content im Internet und den immer härteren Wettbewerb. Ziel ist es, auch in Zukunft die Alleinstellungsmerkmale zu stärken. Dies wird zum einen durch die Verbesserung der Erschließung des Primärcontents, in Verbindung mit dessen Aufwertung durch Bereitstellung relevanten Sekundärcontents, aber auch durch die Einbindung von Legal-Tech-Elementen in die Suche umgesetzt. Dabei hat die langfristige Sicherung der Anreicherung des Primärcontents durch Sekundärcontent oberste Priorität. Durch die Verzögerung der Entflechtung und der dadurch bedingten Verzögerung der weiteren Privatisierung lassen sich die hierfür kommerziell notwendigen Schritte nicht vollumfänglich umsetzen. Die juris GmbH evaluiert und optimiert diese Mehrwertstrategie kontinuierlich. Hierbei spielt nun auch die strategische Frage eine Rolle, ob sich die Wettbewerbsverhältnisse im Markt für Rechts-, Wirtschafts- und Steuerinformationen durch den Einsatz von KI ändern werden.

Eine wichtige Herausforderung bleibt auch weiterhin, das Alleinstellungsmerkmal der juriseigenen Rechtssammlungen aufrecht zu erhalten. Die juris GmbH hat sich zu einem unverzichtbaren Wissensmanagement-Tool für alle Legal Professionals entwickelt. Es bleibt dabei nach wie vor ein wichtiges Anliegen des Unternehmens, die Anforderungen der öffentlichen Hand – und hier insbesondere die der Justiz – an Recherchierbarkeit und Nutzbarkeit des bei juris angebotenen Contents besonders zu berücksichtigen. Dies soll dazu beitragen, die Kundenbeziehungen zu Bund und Ländern zu erhalten und qualitativ weiterzuentwickeln.

Im Jahr 2024 wurden, neben dem Ausbau und der Optimierung des Zusammenspiels des Primär- und Sekundärcontent-Angebotes die Partner der jurisAllianz und der Buchhandel systematischer in die Vertriebsstrategie eingebunden. Darüber hinaus strebt die juris GmbH eine weitere Umstellung der Partner der jurisAllianz auf die Ein-Portal-Strategie an. Dies wird bereits seit dem Jahr 2021 mit Stollfuß erfolgreich umgesetzt. Letztendlich ist dies der einzige Weg, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Neukunden-Akquise ist für die juris GmbH ein zentrales Anliegen, das aufgrund der stringenten Datenschutzregelungen immens verkompliziert wird.

Im Jahr 2025 sollen, mit neuen inhaltlichen und funktionalen Angeboten, insbesondere i. R. der Content-Integration, und der weiteren Verbesserung der Kundenansprache über alle Vertriebswege, die bestehenden Kundenbeziehungen gefestigt und ausgebaut sowie weitere Zielgruppen, bspw. die sogenannten Legal Practitioners/Paralegals (u. a. Steuerberatern), gemeinsam mit den Partnern der jurisAllianz erschlossen werden. Um den hierfür notwendigen Ausbau der Kundenbasis zu gewährleisten untersucht die juris GmbH Möglichkeiten zur Neugestaltung der Leadgenerierung.

Auf dieser Basis wird auch im Jahr 2025 ein Wachstum der Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau und eine entsprechende Erhöhung des Betriebsergebnisses angestrebt. Der weiterhin anhaltende Krieg in der Ukraine, die weltwirtschaftlichen Veränderungen sowie die Folgeerscheinungen für die Wirtschaft in Deutschland lassen sich in ihren Auswirkungen auf den für juris relevanten Markt und dessen Klientel nur schwer abschätzen. Auch wenn derzeit noch unklar ist, wie lange und wie schwerwiegend die Auswirkungen andauern werden, ist die juris GmbH zuversichtlich sich behaupten zu können.

Von besonderer Wichtigkeit ist hierbei jedoch, dass die juris GmbH schnellstmöglich als freies Wirtschaftsunternehmen auftreten kann. Daher unterstützt die juris GmbH die Umsetzung der von der Bundesrepublik Deutschland angestrebten Entflechtung der Leistungsbeziehungen. Dies ist Voraussetzung für eine weitere Privatisierung.

Aus heutiger Sicht sind, unter Berücksichtigung des zuvor Genannten, keine bestandsgefährdenden Risiken erkennbar.

Saarbrücken, den 20. März 2025

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Dr. Frauke Bachler
Geschäftsführerin

**Jahresabschluss für das Geschäftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024**

juris GmbH
 Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
 Saarbrücken



Bilanz zum 31. Dezember 2024

Aktiva

	Anhang	31.12.2024 €	31.12.2023 €
A. Anlagevermögen	(B.1)		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		19.663.667,41	17.677.459,66
II. Sachanlagen		3.976.960,95	3.503.658,65
		23.640.628,36	21.181.118,31
B. Umlaufvermögen	(B.2)		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		6.801.976,45	6.126.370,78
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		20.159.578,93	18.874.945,60
		26.961.555,38	25.001.316,38
C. Rechnungsabgrenzungsposten		1.614.414,47	1.451.034,79
		52.216.598,21	47.633.469,48

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland

Saarbrücken

Bilanz zum 31. Dezember 2024



Passiva

	Anhang	31.12.2024	31.12.2023
		€	€
A. Eigenkapital	(B.3)		
I. Gezeichnetes Kapital		2.681.368,03	2.681.368,03
II. Gewinnvortrag		10.407.393,03	8.652.310,10
III. Jahresüberschuss		10.033.078,78	9.677.829,89
		23.121.839,84	21.011.508,02
B. Rückstellungen	(B.4)	12.832.163,00	11.848.733,00
C. Verbindlichkeiten	(B.5)	1.667.383,21	1.540.170,38
D. Rechnungsabgrenzungsposten		8.868.889,16	8.331.734,08
E. Passive latente Steuern	(B.6)	5.726.323,00	4.901.324,00
		52.216.598,21	47.633.469,48

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland
Saarbrücken



**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2024**

	Anhang	01.01.2024 - 31.12.2024	01.01.2023 - 31.12.2023
		€	€
1. Umsatzerlöse	(C.1)	79.250.598,66	74.712.670,00
2. Andere aktivierte Eigenleistung	(C.2)	1.304.561,75	1.386.500,06
3. Gesamtleistung		80.555.160,41	76.099.170,06
4. Sonstige betriebliche Erträge	(C.3)	946.505,85	344.002,15
5. Materialaufwand	(C.4)	-30.105.067,23	-27.240.289,14
6. Personalaufwand	(C.5)	-19.817.343,13	-18.348.727,54
7. Abschreibungen	(C.6)	-3.505.074,74	-2.981.137,77
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	(C.7)	-12.841.960,24	-13.089.105,15
9. Finanzergebnis	(C.8)	143.612,48	1.738,07
10. Ergebnis vor Steuern	(C.8)	15.375.833,40	14.785.650,68
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	(C.9)	-5.336.753,62	-5.102.344,79
12. Ergebnis nach Steuern		10.039.079,78	9.683.305,89
13. Sonstige Steuern		-6.001,00	-5.476,00
14. Jahresüberschuss	(C.10)	10.033.078,78	9.677.829,89

juris GmbH

Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

(A) Ausweis, Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gesellschaft ist eine große Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften, den Vorschriften des GmbH-Gesetzes und den ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrages.

Die juris GmbH hat ihren Sitz in 66121 Saarbrücken, Am Römerkastell 11, und ist eingetragen im Handelsregister Registergericht Saarbrücken, HRB 8485.

Zur Vergrößerung der Klarheit der Darstellung sind Posten der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst und im Anhang gesondert ausgewiesen.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren erstellt.

Von der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens nach § 248 Abs. 2 S. 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 Gebrauch gemacht. Diese werden zu Herstellungskosten gemäß § 255 Abs. 2 Sätze 1-2 und Abs. 2a HGB aktiviert und nach Fertigstellung planmäßig linear über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer sowie bei Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung außerplanmäßig abgeschrieben.

Bei den Projekten juris Collect und juris Connect wurde aufgrund der eingetretenen Entwicklungen in Bezug auf KI, die ursprüngliche Nutzungsdauer von 10 Jahren auf 5 Jahre reduziert. Grund ist, die im letzten Jahr deutlich dynamischer verlaufene Entwicklung. Diese Entwicklung wird steigende Erwartungen der Kunden an Recherche-, Analyse-, und Ausgabemöglichkeiten und dadurch eine grundlegende Überarbeitung dieser Tools zur Folge haben.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen nach Maßgabe der voraussichtlichen Nutzungsdauer bewertet.

Sachanlagen werden zu Anschaffungskosten einschließlich Nebenkosten bilanziert und linear planmäßig abgeschrieben.

Die Geringwertigen Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis zu einem Anschaffungspreis von EUR 800 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben und im Anlageverzeichnis als Abgang behandelt worden.

Die planmäßigen Abschreibungen des Anlagevermögens erfolgen unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer. Dabei wird sich an den steuerlichen AfA-Tabellen unter Berücksichtigung der kürzesten steuerlich zulässigen Nutzungsdauer orientiert.

Voraussichtlich dauernden Wertminderungen, die über den nutzungsbedingten Werteverzehr hinausgehen, wird durch außerplanmäßige Abschreibungen Rechnung getragen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind mit dem Nominalwert bzw. dem Barwert bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Ansprüchen angesetzt. Konkreten Ausfallrisiken bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurde durch Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Im Einzelnen nicht bezifferbare Risiken werden durch eine pauschal ermittelte Wertberichtigung in Höhe von 1 % der um die Einzelwertberichtigungen gekürzten Nettoforderung abgedeckt.

Die anderen Posten des Umlaufvermögens sind mit ihren Nennwerten angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen werden nach den anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen mittels der „Projected-Unit-Credit-Methode“ errechnet. Der Rückstellungsbetrag wurde unter Einbeziehung von Trendannahmen hinsichtlich der zukünftigen Anwartschafts- bzw. Rentenentwicklung ermittelt. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wurde ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 1,90 % (10-Jahres-Durchschnitt) bei der Bewertung zugrunde gelegt. Dabei wurde gemäß Satz 2 des § 253 Abs. 2 HGB pauschal eine Restlaufzeit von 15 Jahren angenommen. Rentenanpassungen sind mit 2,10 % berücksichtigt.

Die Bewertung der Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen erfolgte nach den Regelungen der IDW-Stellungnahme IDW RS HFA 3 vom 19.06.2013. Sofern biometrische Einflussfaktoren zu berücksichtigen waren, wurden die „Richttafeln 2018 G“ von Klaus Heubeck verwendet. Der Erfüllungsrückstand wurde mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Marktzinssätzen der vergangenen sieben Jahre abgezinst, Aufstockungsbeträge wurden mit dem vollen Barwert angesetzt.

Die übrigen Rückstellungen sind jeweils in Höhe des zukünftigen Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen wurden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssätzen der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt. Fremdwährungsverbindlichkeiten lagen zum Bilanzstichtag keine vor. Die Rechnungsabgrenzungsposten sind mit dem Nennwert bilanziert.

Gemäß § 274 HGB wird eine saldierte Abgrenzung für die voraussichtlichen zukünftigen Steuerbelastungen und Steuerentlastungen aufgrund handelsrechtlicher und steuerrechtlicher Bilanzierungs- und Bewertungsunterschiede angewandt. Weitere Angaben hierzu sind bei den Erläuterungen zur Bilanz unter Nr. 6 zu finden.

(B) Erläuterungen zur Bilanz

(1) Anlagevermögen

Die Aufgliederung und Entwicklung des in der Bilanz ausgewiesenen Anlagevermögens ist im Anlagespiegel gesondert dargestellt.

Im abgelaufenen Kalenderjahr belief sich der Gesamtbetrag der aktivierten Entwicklungskosten auf TEUR 4.198, die ausschließlich auf aktivierte selbst erstellte Software entfielen. Weitere Forschungs- und Entwicklungskosten sind nicht angefallen.

(2) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 0 (i. Vj. TEUR 0) –	5.938.125,08	5.016.502,19
Forderungen gegen Gesellschafter - davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 230 (i. Vj. TEUR 355) -	360.734,81	534.202,67
Sonstige Vermögensgegenstände – davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr TEUR 348 (i. Vj. TEUR 348) –	503.116,56	575.665,92
	6.801.976,45	6.126.370,78

Bei den Forderungen gegen die Gesellschafter handelt es sich um Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

(3) Eigenkapital

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Gezeichnetes Kapital	2.681.368,03	2.681.368,03
Gewinnvortrag	10.407.393,03	8.652.310,10
Jahresüberschuss	10.033.078,78	9.677.829,89
	23.121.839,84	21.011.508,02

Ausschüttungsgesperrte Beträge

	Bilanz- ausweis	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Sperrbetrag
	EUR	EUR	EUR	EUR
Selbst erstellte immaterielle Vermögens- gegenstände gemäß § 268 Abs. 8 HGB	17.691.101,51	0,00	5.833.641,00	11.857.460,51
Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB	4.405,00	0,00	0,00	4.405,00
Sonstige latente Steuern	0,00	108.637,00	1.319,00	107.318,00
Zur Ausschüttung gesperrt	17.695.506,51	108.637,00	5.834.960,00	11.969.183,51

(4) Rückstellungen

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Rückstellungen für Pensionen	791.823,00	824.322,00
Steuerrückstellungen	815.845,00	298.033,00
Sonstige Rückstellungen		
Personal	2.321.657,00	2.664.199,00
Prüfung und Beratung	344.100,00	118.400,00
Übrige	8.558.738,00	7.943.779,00
	12.832.163,00	11.848.733,00

Ermittlung des Unterschiedsbetrages nach § 253 Abs. 6 HGB

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Rückstellung unter Verwendung des 10-Jahres-Durchschnittzinssatzes	791.823,00	824.322,00
Rückstellung unter Verwendung des 7-Jahres-Durchschnittzinssatzes	787.418,00	829.174,00
ausschüttungsgesperrter Unterschiedsbetrag	4.405,00	4.852,00

Für die in den Personalrückstellungen enthaltenen Altersteilzeitverpflichtungen hat die Sparkasse Saarbrücken der juris GmbH eine Avalbürgschaft zur Insolvenzsicherung der

Altersteilzeitverpflichtungen zugunsten der teilnehmenden Mitarbeiter eingeräumt. In 2024 betrug die Avalbürgschaft TEUR 540 (i. Vj. TEUR 736).

Die übrigen Rückstellungen beinhalten überwiegend Aufwendungen für Erlösbeteiligungen der Kooperationspartner und Aufwendungen für eingeleitete Restrukturierungsmaßnahmen.

(5) Verbindlichkeiten

	31.12.2024	31.12.2023
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.330.002,12	1.212.324,62
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	1.970,60	174,00
Sonstige Verbindlichkeiten		
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 335 (i. Vj. TEUR 328) –		
– davon aus Steuern TEUR 247 (i. Vj. TEUR 215) –	335.410,49	327.671,76
	1.667.383,21	1.540.170,38

Die vorgenannten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern hatten zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2024 wie im Vorjahr keine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber den Gesellschaftern handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Sicherheiten bestehen keine.

(6) Passive latente Steuern

	31.12.2023	Zugang	Verbrauch	Auflösung	31.12.2024
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Aktive latente Steuern	-148	-1	41	0	-108
Passive latente Steuern	5.049	787	-2	0	5.834
	4.901	786	39	0	5.726

(7) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Verpflichtungen aus Miet- und Wartungsverträgen, übrige finanzielle Verpflichtungen	11.557	12.465
– davon mit einer Restlaufzeit von weniger als einem Jahr TEUR 6.564 (i. Vj. TEUR 8.362) –		
– davon gegenüber Gesellschaftern TEUR 250 (i. Vj. TEUR 104) –		

	31.12.2024	31.12.2023
	TEUR	TEUR
Bestellobligo Anlagevermögen	724	0

(8) Haftungsverhältnisse

Im Geschäftsjahr bestehen keine Haftungsverhältnisse gemäß § 251 HGB.

(C) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse

	2024	2023
	EUR	EUR
Dialogleistungen/Datenbanknutzung	74.770.748,50	70.381.554,82
DV-Projekte und Dienstleistungen	4.067.425,81	3.939.937,63
Übrige Erlöse	412.424,35	391.177,55
	79.250.598,66	74.712.670,00

(2) Aktivierte Eigenleistung

Aktivierte Eigenleistungen werden im Berichtsjahr mit TEUR 1.305 (i. Vj. TEUR 1.387) angesetzt. Davon entfallen TEUR 1.268 auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände.

(3) Sonstige betriebliche Erträge

	2024	2023
	EUR	EUR
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	685.987,09	105.063,65
Sonstige	260.518,76	238.938,50
	946.505,85	344.002,15

Unter den sonstigen betrieblichen Erträgen werden periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 745 (i. Vj. TEUR 173) ausgewiesen. Im Wesentlichen betreffen diese mit TEUR 686 Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (i. Vj. TEUR 105).

(4) Materialaufwand

	2024	2023
	EUR	EUR
Aufwendungen für Hilfsstoffe und bezogene Waren	45.512,23	44.055,02
Aufwendungen für bezogene Leistungen	30.059.555,00	27.196.234,12
	30.105.067,23	27.240.289,14

Die Aufwendungen für bezogene Leistungen umfassen im Geschäftsjahr 2024 in erster Linie Lizenzgebühren für Dokumente, Dokumentenaufbereitung, Wartungsleistungen für EDV-Hardware sowie Miet- und Pflegeleistungen für Software.

(5) Personalaufwand

	2024	2023
	EUR	EUR
Gehälter	16.279.627,65	15.125.574,26
Soziale Abgaben	2.645.833,49	2.406.017,43
Aufwendungen für Altersversorgung	891.881,99	817.135,85
	19.817.343,13	18.348.727,54

Im Jahresdurchschnitt wurden beschäftigt:

	Anzahl
Mitarbeiterinnen	95
Mitarbeiter	99
	194
zuzüglich Aushilfen	1

(6) Abschreibungen

	2024	2023
	EUR	EUR
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
davon außerplanmäßige Abschreibungen T€ 32 (i. V. T€ 0)	3.505.074,74	2.981.137,77
	3.505.074,74	2.981.137,77

(7) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden periodenfremde Aufwendungen von TEUR 220 (i. Vj. TEUR 94) ausgewiesen.

(8) Finanzergebnis

	2024	2023
	EUR	EUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	144.725,19	1.631,20
Erträge aus der Abzinsung	1.371,29	2.516,30
Zinsen und ähnliche Erträge	146.096,48	4.147,50
Sonstige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	91,00	85,67
Aufwendungen aus der Abzinsung	2.393,00	2.323,76
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.484,00	2.409,43
Finanzergebnis	143.612,48	1.738,07

(9) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

	2024	2023
	EUR	EUR
Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer	4.511.754,62	4.135.446,79
Aufwand latenter Steuern	824.999,00	966.898,00
	5.336.753,62	5.102.344,79

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

Passive latente Steuern ergeben sich im Wesentlichen aus der Aktivierung von selbst geschaffenen immateriellen Vermögensgegenständen des Anlagevermögens.

Aktive latente Steuern resultieren im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen von Altersteilzeit- und Pensionsrückstellungen.

Bei der Berechnung der latenten Steuern wurde ein Gesamtsteuersatz von 32,975 % zugrunde gelegt.

Nach § 274 Absatz 1 Satz 1 HGB wurde im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 für den Überhang passiver Steuerlatenzen eine passive latente Steuer bilanziert.

(10) Jahresüberschuss

Die Geschäftsführung schlägt vor, vom Jahresüberschuss 2024 in Höhe von EUR 10.033.078,78 den zur Ausschüttung verfügbaren Betrag in Höhe von EUR 8.471.288,30 an die Gesellschafter auszuschütten und den verbleibenden Betrag in Höhe von EUR 11.969.183,51 (davon Gewinnvortrag EUR 10.407.393,03) auf neue Rechnung vorzutragen.

	EUR	EUR
Jahresüberschuss 2024	10.033.078,78	
Ausschüttungsgesperrte Beträge		
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2024	-11.969.183,51	
Ausschüttungssperre zum 31. Dezember 2023	10.407.393,03	-1.561.790,48
Zur Ausschüttung verfügbarer Betrag zum 31.12.2024		8.471.288,30

(D) Ergänzende Angaben**Abschlussprüferhonorar**

Das als Aufwand erfasste Honorar des Abschlussprüfers für die Abschlussprüfung beträgt TEUR 39. Das Honorar für andere Bestätigungsleistungen beträgt TEUR 2.

Geschäftsführer

- Samuel van Oostrom, Saarbrücken
- Dr. Frauke Bachler, Rheinbach

Aufsichtsrat

Dem Aufsichtsrat gehörten 2024 folgende Mitglieder an:

- Ministerialdirigentin im Bundesministerium der Justiz
Susanne Bunke – Vorsitz
- Ministerialrat im Bundesministerium des Innern und für Heimat
Andreas Reisen
- Ministerialrätin im Bundesministerium der Finanzen
Dr. Susann Schumann
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Olivier Campenon bis 25.06.2024

- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Rudi Mesotten bis 04.03.2024
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Dr. Christoph Papenheim seit 26.06.2024
- Vertreter der Lefebvre Sarrut S.A.
Geert-Jan van der Snoek seit 26.06.2024

Beziehungen zu Unternehmensorganen

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung betrugen im Geschäftsjahr 2024

	Grundgehalt	Zuschuss zur privaten Kranken-, Pflege- bzw. Unfallversicherung, sonstige Zuschüsse	Prämie 2023 (Auszahlung 2024)	Kfz-Nutzung 1 %	Versorgungszuschläge	Gesamtbezüge
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Samuel van Oostrom	195.520,00	10.080,00	62.409,98	7.123,20	0,00	275.133,18
Dr. Frauke Bachler	142.679,20	47.928,54	0,00	0,00	32.902,63	223.510,37
	338.199,20	58.008,54	62.409,98	7.123,20	32.902,63	498.643,55

Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Geschäftsjahr 2024 keine Vergütung bezogen.

Nachtragsbericht (Berichterstattung nach § 285 Nr. 33 HGB)

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft hatten, sind nach Schluss des Geschäftsjahres nicht eingetreten.

Saarbrücken, den 20. März 2025

Samuel van Oostrom
Geschäftsführer

Dr. Frauke Bachler
Geschäftsführerin

Anlagenspiegel

Entwicklung des Anlagevermögens 2024

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten				
	01.01.2024	Zugänge	Umbuchungen	Abgänge	31.12.2024
	€	€		€	€
A. Anlagen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte* Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerblicher Schutzrechte und ähnliche	19.599.124,53	4.197.804,58	0,00	0,00	23.796.929,11
2. Rechte	9.380.454,87	210.796,63	0,00	0,00	9.591.251,50
3. Kundenstamm	975.000,00	0,00	0,00	0,00	975.000,00
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	79.487,84	0,00	0,00	79.487,84
	29.954.579,40	4.488.089,05	0,00	0,00	34.442.668,45
II. Sachanlagen					
1. Bauten aus fremden Grundstücken	2.123.241,13	27.168,00	0,00	0,00	2.150.409,13
2. Technische Anlagen und Maschinen	3.697.694,63	1.078.413,56	0,00		4.776.108,19
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.149.308,94	389.878,50	0,00	134.213,22	3.404.974,22
4. Geleistete Anzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	8.970.244,70	1.495.460,06	0,00	134.213,22	10.331.491,54
	38.924.824,10	5.983.549,11	0,00	134.213,22	44.774.159,99

Kumulierte Abschreibungen			Restbuchwerte		
01.01.2024	Zugänge	Abgänge	31.12.2024	31.12.2024	31.12.2023
€	€	€	€	€	€
4.295.259,50	1.810.568,10	0,00	6.105.827,60	17.691.101,51	15.303.865,03
7.006.861,24	691.313,20	0,00	7.698.174,44	1.893.077,06	2.373.593,63
974.999,00		0,00	974.999,00	1,00	1,00
0,00		0,00	0,00	79.487,84	0,00
12.277.119,74	2.501.881,30	0,00	14.779.001,04	19.663.667,41	17.677.459,66
460.526,10	165.022,72	0,00	625.548,82	1.524.860,31	1.662.715,03
3.033.765,39	460.535,40	0,00	3.494.300,79	1.281.807,40	663.929,24
1.972.294,56	377.635,32	115.248,90	2.234.680,98	1.170.293,24	1.177.014,38
0,00		0,00	0,00	0,00	0,00
5.466.586,05	1.003.193,44	115.248,90	6.354.530,59	3.976.960,95	3.503.658,65
17.743.705,79	3.505.074,74	115.248,90	21.133.531,63	23.640.628,36	21.181.118,31

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, Saarbrücken, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der juris GmbH Juristisches Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie

einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unterneh-

menstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Saarbrücken, den 20. März 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Carsten Palm
Wirtschaftsprüfer

ppa. Stefan Wißenbach
Wirtschaftsprüfer





20000006316450